

# mitte drin

Ausgabe 01 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

## 2016 – Chance auf Veränderung

**B**erlin „wurstelt“ sich so durch die Zeit. Die geplanten Großprojekte laufen zeitlich und finanziell aus dem Ruder. BER, Staatsoper oder BND-Gebäude haben lange die Grenzen des noch als sympathisch geltenden „Unperfekten“ überschritten.

Die vielen hundert Millionen Euro zusätzlicher Kosten, die durch Schlamperei und Unfähigkeit entstanden sind, bezahlen wir alle. Eine für Normalverdiener bezahlbare Wohnung in der Innenstadt zu finden, zählt als Glücksfall. Viele BewohnerInnen, auch aus dem Bezirk Mitte, können sich ihre Bleibe einfach nicht mehr leisten und müssen die Innenstadt verlassen. Der öffentliche Nahverkehr wird auf Verschleiß gefahren, bei Schulen, Straßen, Brücken, Schwimmbädern fehlen Geld und sinnvolle Planungen, um das Bestehende zu erhalten. Die öffentliche Verwaltung kann durch Personalmangel ihre Aufgaben nur noch eingeschränkt erfüllen. Der Beteiligung von BürgerInnen am Leben in ihrer Stadt werden Steine in den Weg gelegt. Die Unfähigkeit und das Versagen der Landesregierung bei der

Aufgabenbewältigung im Zusammenhang mit Geflüchteten in Berlin zeigen sich exemplarisch an den katastrophalen Zuständen am Landesamt für Gesundheit und Soziales in der Turmstraße. Ohne die große Bereitschaft tausender BerlinerInnen ehrenamtlich zu helfen, hätte der Staat seine Aufgaben schlicht und ergreifend nicht erfüllt.

Politik muss Prioritäten setzen und Rahmenbedingungen schaffen – ernsthafte Investitionen in bezahlbaren Wohnraum, in Kitas, Schulen und in den öffentlichen Nahverkehr. Sofortiger Stopp des Personalabbaus im Öffentlichen Dienst! Stattdessen sofortige Neueinstellungen in allen, besonderes in den Dienstleistungsbereichen der Verwaltungen ermöglichen. Bessere finanzielle und personelle Ausstattungen der Berliner Kommunen – unserer Bezirke. Jugendfreizeit- und Sporteinrichtungen, Musik- und Volkshochschulen, die Pflege von Grünflächen in den Wohngebieten sind keine exklusiven Luxusaufgaben, sondern unverzichtbare Voraussetzung des Zusammenlebens in einer Großstadt. Das sind Aufgaben, die seit Jahren vernachlässigt



Thilo Urchs, Vorsitzender des Bezirksvorstandes

wurden. Jetzt schmerzen diese Defizite besonders – die hier Lebenden und die neu Hinzugekommenen. Die Integration der Geflüchteten ist 2016 die zentrale politische Aufgabe – in der Bundesrepublik, in Berlin und in den Bezirken.

In den vergangenen Jahren hat die Berliner Regierung ihre „Hausaufgaben“ nicht erledigt. Statt die zentralen Aufgaben „anzufassen“, wurden Projekte wie die Olympiabewerbung

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

### Wohnen und Leben für Flüchtlinge – direkt am Alex

Das leerstehende Hochhaus der Statistik wird zum Zentrum für Soziales, Kunst und Kreatives ausgebaut, das auch vielen Flüchtlingen Wohn- und Lebensraum bietet. Konzept einer Initiative, unterstützt von Senat und Bezirksamt Mitte. Dazu Fabian Koleckar.

Fortsetzung auf Seite 2 ▷

### Gerda Daenecke weiß, was Kubas Sonne leisten kann

Sie ist in den letzten zwei Jahrzehnten –zig Male nach Kuba geflogen, nicht als Urlaubsgast an die Strände. Sie half und sie hilft, Anlagen und Projekte zur alternativen Energieversorgung zu errichten. Matthias Herold besuchte die 76-Jährige in Berlin.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

### Berlin in den Schlagzeilen der „New York Times“!

Der Anlass war leider beschämend – Fotos von verzweifelten Flüchtlingen vor dem Gebäude des LaGeSo. Das war eines der „Probleme“, von denen Berlin mehrere hat. Carola Bluhm, MdB der LINKE, nennt einige beim Namen: Das sind Arbeitsaufträge für 2016!

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

### Basiskonferenz

**Samstag, 16. Januar, 10 Uhr!**

in der Alten Börse Marzahn (Zur Alten Börse 59, 12681 Berlin)

Basiskonferenz zum Wahlprogramm für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus

# DIE LINKE.

## Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr

## Aus der BVV

# Integrationspreis zum Jahreswechsel

**So ein Jahreswechsel ist ja immer – Sein bisschen wie an Geburtstagen – Gelegenheit, einmal innezuhalten und das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen, über Durchlebtes nachzudenken und auf anstehende Aufgaben und Herausforderungen zu blicken.**

Es ist wohl nicht übertrieben zu sagen, dass 2015 ein recht ereignisreiches Jahr war. Griechenland, Syrien, zwei Mal Anschläge in Paris und natürlich die Flüchtlingskrise ... wir alle kennen die Themen.

Vor allem Letzteres hat uns angesichts eines Zustroms von berlinweit ca. 70.000 geflüchteten Menschen in der BVV Mitte immer wieder beschäftigt, auch auf der Dezember-Tagung. Neben diversen Anträgen nahezu aller Fraktionen zur Verbesserung der Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge insbesondere in der Zeit zwischen Weihnachten und Silvester, wenn die Pforten des LaGeSo geschlossen sind, sprach sich die BVV mit großer Mehrheit für die Umsetzung des nunmehr vorliegenden Konzeptes zum Haus der Statistik aus. Eine Initiative hat hier in Kooperation mit dem Senat und mit Unterstützung des Bezirksamts Mitte ein Projekt entwickelt, dass die Unterbringung geflüchteter Menschen mit der Schaffung eines Zentrums für Soziales, Kunst und Kreative kombinieren will. Das ist sicher besser, als wenn diese riesige Immobilie weiter leerstünde und verfielen und entschärft zudem – zumindest ein bisschen – die immer drängender werdende Suche nach

geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten. Es gehört jedenfalls nicht viel Phantasie dazu, um zu wissen, dass dieses Thema auch im neuen Jahr eine große Rolle spielen wird. Hierbei wird es – will man die integrationspolitischen Fehler vergangener Jahrzehnte nicht wiederholen – vor allem auch darum gehen, gerade jene, bei denen eine baldige Rückkehr in ihre Heimat nicht zu erwarten ist, mit den hierzulande geltenden gesellschaftlichen Regeln, Sitten und Gebräuchen vertraut zu machen.

So hatte die BVV wie jedes Jahr auch diesmal wieder einen Integrationspreis ausgelobt und die zwei Preisträger wurden im Rahmen einer Feierstunde zu Beginn der Tagung ausgezeichnet. „Wir sind das erste Stück Deutschland jenseits von Behörden, dem die Flüchtlinge begegnen“, so Mathias Hamann von der Berliner Stadtmission, der die Notunterkunft in der Kruppstraße am Poststadion leitet. Man habe 2014 noch nicht gewusst, welche Dimensionen das Ganze annehmen würde. Frau Bozdag vom Verein InterAktiv e.V., der bereits seit vier Jahren besteht, möchte daneben vor allem auf die speziellen Hilfebedarfe von Migranten mit Behinderung aufmerksam machen – ein Thema, dass in der öffentlichen Debatte oft zu kurz komme. Die Türen ihres Vereins seien dabei aber nicht nur für Migranten, sondern für alle Menschen mit Handicap geöffnet, so Bozdag. Beide Preisträger legten in ihren Dankesreden großen Wert darauf, dass ihre Arbeit ohne ein Team von vielen Ehrenamtlichen nicht denkbar

## Initiativen der Linksfraktion

► **Mündliche Anfragen:**

Steuerungsrunde „Geflüchtete Menschen in Mitte“ Wer, wie, wann und was? (Drs. 2455/IV) in der BVV direkt beantwortet

Noch mehr Leerstand in Mitte? (Drs. 2462/IV) wird schriftlich beantwortet

Betrugsbekämpfung in der Pflege (Drs. 2466/IV) wird schriftlich beantwortet

Mehr Sozialraumorientierung und Nachhaltigkeit in der Schulentwicklungsplanung (Drs. 2469/IV) wird schriftlich beantwortet

Neues Wohngeld für alle von Anfang an? (Drs. 2471/IV) wird schriftlich beantwortet

► **Große Anfragen:**

Wohngebäudeleerstand (Drs. 2450/IV) wird schriftlich beantwortet

► **Anträge:**

Zukunftsgerechtes Infrastrukturkonzept für Mitte entwickeln – BVV einbeziehen und Bürgerbeteiligung sicherstellen (Drs. 2417/IV) überwiesen in den Ausschuss für Transparenz und Bürgerbeteiligung und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

Kein Siemens-Bau auf dem Grundstück des Magnus-Hauses! (Drs. 2431/IV) überwiesen in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Sanieren, Bauen und Bebauungspläne

Unwürdige Wartebedingungen am LaGeSo abstellen (Drs. 2434/IV) beschlossen

wäre. Wir gratulieren und sagen Danke und blicken nun fürs Erste auf das neue Jahr. Die neuen Themen werden die alten sein. 2016 wird übrigens wieder neu gewählt

**Falko Loeff**

# Ein Haus für ALLE

**Seit Jahren verfällt an der Otto-Braun-Straße in Mitte das ehemalige Haus der Statistik. Immer wieder gab es Pläne sowohl vom Senat als auch vom Bezirksamt die Ruine abzureißen, zu sanieren oder verfallen zu lassen.**

Nun gibt es einen konkreten Plan. Doch nicht etwa durch den Senat oder den Bezirk, sondern von einer Initiative. Sie nennen sich „Zentrum für Geflüchtete – Soziales – Kunst – Kreative“. Die Idee ist einfach aber ebenso visionär. Das gemeinsame Leben und Arbeiten steht hierbei im Vordergrund. Der Plan hierzu lautet: Das ehemalige Haus der Statistik soll, so wie es ist, bestehen bleiben. Die Archi-

tektur des Hauses ist so besonders, dass es nach all den Jahren des Leerstandes immer noch gut erhalten ist. Lediglich die Fenster müssten erneuert werden. Im Innenbereich würden Wände herausgerissen und eine offene Atmosphäre geschaffen werden. Als Begegnungsstätte soll das Haus der Statistik Wohnort, Arbeitsplatz und Treffpunkt für Studenten, Flüchtlinge, Künstler und Kreative werden. Und das alles unter einem Dach. Die Linksfraktion in der BVV zeigt sich von dem Konzept begeistert und tat noch vor der offiziellen Pressekonferenz im Rahmen der Veranstaltung „Wohnen für ALLE“ ihre Unterstützung des Projektes kund.

Am 17. Dezember dann wurde ein entsprechender Beschluss in das Bezirksparlament eingegeben und der Antrag zur Unterstützung dieses Projektes durch die BVV wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Wir finden: Eine solche Begegnungsstätte zwischen so vielen Teilen der Gesellschaft sowie die neue Nutzung leerstehender Gebäude, wie sie die Initiative „Zentrum für Geflüchtete – Soziales – Kunst – Kreative“ plant, trägt einen großen Teil zur bunten Mitte bei und bereichert unseren Bezirk. Wir als Linksfraktion sagen ganz klar Ja zur Unterstützung dieses Projektes!

**Fabian Koleckar**

# Das Völkerrecht achten – Terror nicht mit Krieg bekämpfen!

**S**eit 2011 tobt ein schrecklicher Bürgerkrieg in Syrien. Mehr als 250.000 Menschenleben hat der Konflikt bisher gefordert, über 11 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf der Flucht.

Begonnen hatte der Konflikt, als dort Hunderttausende im Rahmen des „Arabischen Frühling“ 2011 für mehr Demokratie und freie Meinungsäußerung auf die Straße gingen. Präsident Baschar al-Assad ging so brutal wie kein anderer arabischer Despot gegen die friedlichen Demonstranten vor. Was als ein Kampf der syrischen Armee gegen die Bevölkerung begann, weitete sich immer mehr aus. Nach und nach griffen die unterschiedlichsten religiösen, ethnischen und politischen Gruppen in den Konflikt ein. Die diffuse politische

Lage nutzte vor allen einem Akteur: dem „Islamischen Staat“ (IS). Er breitete sich mit ungeheurer Brutalität rasant im Gebiet des Irak und Syrien aus. Seit 2014 fliegen die USA, gemeinsam mit Alliierten aus Europa und arabischen Ländern, Luftangriffe gegen den IS. 2015 griff auch Russland zur Unterstützung des syrischen Regimes in den Krieg ein. Auch die Türkei ist am Krieg beteiligt: sie kämpft gegen die Kurdinnen und Kurden und lässt Kämpfer des IS über ihre Grenzen passieren. Nach den Terroranschlägen in Paris beteiligen sich auch Frankreich und aus Solidarität mit Frankreich Deutschland an den Luftangriffen gegen Syrien. Derweil haben sich die Frontlinien zwischen den Rebellen, den Kurden, der syrischen Armee und den islamistischen Terroristen allerdings nicht merklich verschoben. Nennenswerte Erfolge im Kampf gegen die Islamisten haben bisher nur die Kurden vorzuweisen. Der IS hat die Zeichen der Zeit längst erkannt und in Libyen eine neue Ausbreitungsfläche gefunden. 3000 IS-Kämpfer haben inzwischen Städte in Libyen erobert.

Die Hoffnung, mit einem Bombenkrieg den IS bekämpfen zu können, kann DIE LINKE nicht teilen. Der IS wird durch den Krieg nicht schwächer, sondern stärker. Der Hass wird wachsen, wir produzieren auf diesem Wege neue Attentäter und liefern dabei dem IS das beste Argument: dass der Westen einen Krieg gegen die islamische Welt führt. Das verstärkt den Zustrom von Kämpfern aus aller Welt.

Nicht zuletzt ist es grundfalsch, einen Bundeswehreininsatz ohne völkerrechtliche Grundlage zu beschließen. Der Krieg findet auf dem Territorium von Syrien statt. Wenn man in die



Nein zum deutschen Militär in Syrien! Ja zur politischen Lösung!  
Friedensdemo am Brandenburger Tor

Souveränität eines Staats eingreift, braucht man einen Kapitel-VII-Beschluss des Sicherheitsrats der UNO. Ein solcher Beschluss liegt aber nicht vor. Wenn wir uns an dieser Stelle über das Völkerrecht hinwegsetzen, machen wir uns angreifbar. Wir können anderen Staaten nichts mehr vorwerfen, wenn diese gegen das Völkerrecht verstoßen, seien es die USA oder Russland bei der Annexion der Krim. Stattdessen müssen wir auf anderen Wegen gegen die Terroristen vorgehen: die Ausweitung der diplomatischen Gespräche um den Krieg zu stoppen, die Trockenlegung der Finanzströme des IS, die Schließung der Grenzen, um einen weiteren Zustrom an Kämpfern zu verhindern – das wären wirklich sinnvolle Maßnahmen, um den Terror langfristig zu bekämpfen.

**Stefan Liebich**

## Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.  
mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

### Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

### Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr  
**kostenlose Mieterberatung**  
im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178

## Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr**

im **Rathaus Mitte**, Karl-Marx-Allee 31,  
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65  
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Fortsetzung von Seite 1: **2016 – Chance auf Veränderung**

vorangetrieben. Die BerlinerInnen wussten, dass damit die Kette der „Pleiten, Pech und Pannen“-Serie der Berliner Großprojekte um ein weiteres Highlight verlängert worden und die Stadt auf den Schulden sitzen geblieben wäre.

DIE LINKE hat sich in den zurückliegenden Jahren intensiv mit der Situation in Berlin aus-

einandergesetzt und schlägt für die zentralen Probleme Alternativen und konkrete Lösungen vor. Dort, wo die Lösungen noch nicht vollständig sind, bietet sie allen BerlinerInnen an, diese gemeinsam zu entwickeln.

Im kommenden September haben wir nun die Möglichkeit zu entscheiden, wie es

weitergehen soll. Ist dieser Senat den gewaltigen Aufgaben gewachsen? Soll er wirklich die nächsten fünf Jahre so „weiterwursteln“ wie bisher? Das wären weitere verschenkte Jahre – für Berlin und für uns alle!

**Thilo Urchs**  
Vorsitzender des Bezirksvorstandes

# Jugendverkehrsschulen stärken, nicht schließen!

Im Bezirk Mitte befinden sich drei Jugendverkehrsschulen (JVS). Bei der Fusion der Bezirke von 2001 brachten Alt-Mitte, Tiergarten und Wedding jeweils ihre Schule in den neuen Bund ein. Nach den Ideen der Bezirks-SPD reicht eine aus. Doch dies ist nicht langfristig gedacht.



Vorfahrt für die Kinder, Jugendlichen und Senioren!



Die BVV muss entscheiden!

Die Zeit ist über die drei JVS in Mitte hinweggegangen – der Sanierungsbedarf ist vorhanden, die Weddinger JVS in der Berliner Straße wird inzwischen nicht mehr genutzt. Nun soll nach dem Willen der Sozialdemokraten auch die JVS in der Bremer Straße in Moabit (ehemals Bezirk Tiergarten) geschlossen werden und nur der Standort in Alt-Mitte übrigbleiben. Was mit den JVS-Arealen in der Bremer und der Berliner Straße stattdessen geschehen soll, kann in der Stadt des hochpreisigen Wohnungsbaus nur vermutet werden

und wird aus den Stellungnahmen der SPD auch nicht so recht deutlich.

Klar hingegen ist, dass JVS eben auch Schuleinrichtungen sind, die sich in der Verantwortung des Bezirks befinden und deren Schließungen zwingend der Bezirksverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Dieses Detail war der Bezirksschulrätin Smentek (SPD) wohl zunächst durchgerutscht. Abgewendet ist die Schließung der Moabiter JVS noch nicht, aber es wurde schon stiller um sie, zumal die Initiative „Jugendverkehrsschule Moabit“, die Stadtteilvertretung Turmstraße sowie die drei Oppositionsparteien in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sich dagegenstellten.

Schließlich gibt es durchaus Alternativen: nach einer Sanierung, mit einer stärkeren Bewerbung der JVS an den Schulen und der Nutzungserweiterung für weitere benachteiligte Gruppen wie Ältere oder Menschen mit Behinderung lässt sich die Auslastung der Einrichtungen wieder steigern. Ohnehin wird in einem wachsenden Bezirk wie Berlin-Mitte (in den auch Familien mit Kindern ziehen) und in einer alternden Gesellschaft der Bedarf an solchen Übungsflächen steigen, wo man gefahrlos Verkehrssituationen einschätzen und Risiken im Straßenverkehr erkennen lernt. Berlin-Mitte braucht drei, nicht eine JVS!

Immerhin: Die CDU scheint von dem Ein-Standort-Konzept nicht mehr so überzeugt zu sein wie noch 2014 – die SPD-CDU-Mehrheit in der BVV ist in dieser Frage längst nicht mehr klar. Kein Wunder, dass sich auch die Entscheidung über die Schließung der JVS Moabit in Hauptausschuss und BVV immer wieder verzögert. In diesem Jahr stehen zudem noch die Berlin-Wahlen an.

Wenn Demokratie mehr ist als taktische Winkelzüge und Schielen auf Wahlen, wenn es das Ringen um die bessere Lösung bedeutet, dürften alle drei JVS-Standorte in Mitte eine Zukunft haben.

**André Ullmann**

## Kurznachrichten

### ► Platz zum Bau für 6.000 Wohnungen

Zehn Grundstücke wurden vom Senat in Bauland umgewandelt. Dort können nun Wohnungen entstehen. Es handelt sich um frühere Gewerbeflächen in Spandau und Lichtenberg, auch um einen ehemaligen Krankenhausstandort. In Lichterfelde soll ein früheres Militärgelände für Wohnbauten genutzt werden.

### ► Wer den Wohnungsmakler bestellt, der zahlt

Das ist eine gute Nachricht für Wohnungssuchende, denn das neue Gesetz, das seit dem Juni 2014 gilt, ist offensichtlich mieterfreundlich. Maklerkosten können nun nicht mehr dem künftigen Mieter aufgebürdet werden. Die Begeisterung der vermietenden Eigentümer hält sich im Grenzen. Sie müssen künftig selber zahlen. Laut einer Internetumfrage klagen 80 Prozent der Makler seit dem Sommer über Einbußen beim Vermietungsgeschäft.

### ► Neuer Rekord: Fast 2,8 Millionen Studierende

An den deutschen Universitäten und Hochschulen haben sich im laufenden Wintersemester 60.000 Studenten mehr als im Vorjahr eingeschrieben. Diese Zahlen teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.

### ► Hotelbranche mit auffallendem Wachstum

2016 werden in der Bundesrepublik 193 neue Häuser (mit mindestens 2-Sterne-Qualität) eröffnet. Das bedeutet einen Zuwachs von 23.000 Hotelzimmern, meldet Marktbeobachter „Tophotelprojects“. 2015 wurden bereits 120 Neubauten errichtet. Der Hotelverband erkennt einen deutlichen Trend zu immer größeren Betrieben. Die Kleinen bleiben auf der Strecke. So wuchs zwar die Bettenzahl im letzten Jahr um 0,5 Prozent. Aber die Gesamtzahl der Hotelbetriebe schrumpfte um zwei Prozent.

### ► Hatten wir wieder so süße Weihnachten wie 2014?

Die Süßwarenbranche macht zu jedem Jahresende gute Geschäfte. Der durchschnittliche Jahresverbrauch an weihnachtlichem Lebkuchen ist aber seit langem mit 840 Gramm pro Süßmälchen und Jahr ziemlich stabil. Gemessen am Gesamtverzehr süßer Sachen ist das freilich nur ein Klecks. Hierzulande verputzen wir pro Kopf und Jahr 30 Kilogramm Süßwaren. Die verschwinden durchaus nicht nur in kindlichen Leckermäulern.

## Bei anderen gelesen

### ► Ein erster Schritt, nicht mehr

Das Töten beenden – auf dieses Minimalziel hat sich der Weltsicherheitsrat verständigt. Das wird nicht reichen, Syrien Frieden zu bringen. Die Syrien-Resolution des Weltsicherheitsrates ist ein erster respektable Schritt, um dem Bürgerkriegsland zumindest den Schimmer einer Hoffnung zu geben. Das Töten soll enden, so schnell wie möglich, aber das war's dann auch mit der Einigkeit. Zentrale Streitpunkte von großer Bedeutung wurden ausgeklammert. Frieden ist so kaum zu haben.

„Der Tagesspiegel“, 20.12.2015

### ► Noch fünf Jahre

Die „Weltgemeinschaft“ und ihre Vorgesetzten feiern das Klimaabkommen von Paris. Beste Chancen, „den Planeten zu retten“, erkennt der amerikanische Präsident, Frankreichs Präsident Hollande analysiert historisch-materialistisch wie eh und je: „In Paris hat es seit Jahrhunderten viele Revolutionen gegeben, aber heute ist die schönste und friedlichste aller Revolutionen vollbracht worden.“ Und die deutsche Kanzlerin lobt das Abkommen als „Weichenstellung in Richtung Vernunft.“ Dass auch dieses Abkommen am Ende das Ökopapier, auf dem es gedruckt ist, nicht wert sein wird, hat weniger mit dem Unwillen der Beteiligten als vielmehr mit der herrschenden kapitalistischen Unvernunft zu tun.

„Konkret“, 14.12.2015

### ► Verwaltungschaos in Berlin

Bürgerämter wissen, was ein Notfall ist. Einen Termin zu bekommen, ist fast unmöglich. Immerhin ist jetzt klar, wann man sich auf dem Amt ohne Termin vordrängeln darf. Voraussetzung für den dokumentarischen Notfall ist, dass „berlinweit kein freier Termin buchbar ist“ – was allerdings der Normalfall ist, was die Innenverwaltung – etwas verklausuliert – auch zugibt. Der Personalabbau und die durch Bevölkerungswachstum steigenden „Kundenzahlen“ stellen die Mitarbeiter vor „Herausforderungen“, wie es schön heißt, wenn nichts mehr geht. Tatsächlich geben die Bürgerämter für acht Wochen im Voraus Termine via Internet frei, die meist binnen Minuten vergeben sind.

„taz“, 17.12.2015

Ausstellung im

**Anti-Kriegs-Museum**

**Wolfgang Borchert: Sag NEIN!  
– Testament gegen den Krieg –**

Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin  
Bis 20. März, täglich von 16 bis 20 Uhr

Der Eintritt ist frei.

## Menschen in Mitte

Kuba nutzt zunehmend Sonne zur Stromerzeugung

# Gerda Daenecke leitet KarEn-Projekte auf Kuba

**G**erda Daenecke hat allen Grund zu sagen, dass ihr Kuba längst zur zweiten Heimat geworden ist. Nicht weniger als 57 Mal ist sie in den vergangenen 20 Jahren zur größten Insel der Antillen geflogen.

Nicht, um als Touristin die weißen Strände zu genießen. Nein, sie initiiert, leitet, berät, steuert, kontrolliert dort Projekte zur Nutzung der Tropensonne, von Wind und Wasser zur Energieversorgung, aber auch zur Sanierung sozialer Einrichtungen.

Die 76-jährige ist stellvertretende Vorsitzende des Vereins zur Förderung alternativer Energie in der Karibik e.V. (KarEn). Unter dem Motto „Global denken - lokal handeln!“ sammelte dieser bisher seit seiner Gründung 1992 mehr als 2,3 Millionen Euro Spenden, beantragt Fördermittel beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und bei der Stiftung Nord-Süd-Brücken, kooperiert mit Organisationen und Netzwerken in Mittel- und Südamerika. Für über 5,1 Millionen Euro wurden seitdem 36 Vorhaben realisiert, die meisten in Kuba.

„Wir finanzieren die Solarpaneele, Warmwasserkollektoren, die Windräder, Solarpumpen und langlebigen Batterien, koordinieren die einheimischen Arbeitskräfte und nutzen weitgehend die Ressourcen und Firmen im Lande“, fasst Gerda Daenecke ihren Auftrag zusammen. Sie, der Vorstand und die weiteren 50 Mitglieder von KarEn arbeiten ehrenamtlich und bezahlen die Flüge über den Atlantik weitestgehend selbst. „Wir sind stolz darauf, dass unsere Verwaltungskosten nur etwas über zwei Prozent der Gesamtausgaben ausmachen.“

Ende Februar ist die gebürtige Oscherslebenerin mit weiteren vier KarEn-Mitstreitern wieder in den Bergdörfern von Candelaria und San Cristobal im Südwesten Havannas unterwegs, wo 121 Bauernhäuschen, die weit voneinander entfernt und abseits vom nationalen Energienetz stehen, Strom für Beleuchtung, Kühlschränke und Radio- und Fernsehempfänger erhalten sollen.

### Erstes Licht in einem Bergdorf

„Unvergesslich für mich bleibt das Erlebnis vor einigen Monaten, als im Holzhaus eines



Powerfrau bringt Licht auf die Insel (Foto:M.Herold)

hochbetagten Bauern im Dorf Batey El Toro die erste Glühbirne flackerte und er mit Tränen in den Augen sagte: ‚Ich fühle mich jetzt wie in Havanna‘, berichtet Gerda Daenecke. „Auch sehe ich noch vor mir die strahlenden Augen der Schüler. Lehrer und Erzieher des Heimes ‚Angel Ameijeiras‘ für 350 behinderte Kinder, des Kinderheimes ‚Volodia‘ für 100 elternlose Mädchen und Jungen oder der Frauen im Mütterheim ‚Dona Leonor Perez Cabrera‘ in Havannas Altstadt nach der Inbetriebnahme von Warmwasserkollektoren und umfangreichen Sanierungsarbeiten.“ Stolz ist die Geschichts- und Russischlehrerin auch darauf, dass das Obst- und Gemüseangebot im Umland Havannas infolge dutzender Bewässerungssysteme durch Solartauchpumpen auf 350 Hektar Fläche mehr als verdoppelt werden konnte.

„Die Freude und die Herzlichkeit der Menschen motivieren uns immer wieder zu neuen Initiativen, die vor allem durch Spenden ermöglicht werden“, betont sie und nennt das Spendenkonto von KarEn: IBAN DE78 100100100 589 463104 mit der großen Bitte um weitere Unterstützung. Jetzt erst recht!

**Matthias Herold**

# Kein Jahr ist wie das andere

**J**etzt ist endlich der Eckrest Invaliden-/Brunnenstraße verschwunden. In Manhattan hörte ich, ein rechtzeitig emigrierter jüdischer Arzt hatte in der damals noch vorhandenen oberen Etage seine Praxis.

Zu DDR-Zeiten gab es im Laden des kriegsbedingten Halbhauses Plaste-Tischdecken und Eierbecher. Hoffentlich montieren sie uns hier keinen Berliner Festungsklotz mit Flachdach hin. Bomben trafen auch die Schinkel-Kirche, an deren Ruine schon ewig gebaut wird. Kurz belebte ein Café Solveig die winzige Nebenstraße, doch seit dem Sommer gibt es anderen sächsischen Oma-Kuchen: In der zweiten Wochenhälfte, in der kurzen Kremmener Straße, der zweite Caféeingang ist am Mauerstreifen. Auch eine kleine Weinstube hat sich hier etabliert.

Unschlagbar bleiben Croissants der französischen Patisseries: neben der Ackerhalle und in der nördlichen Brunnenstraße. Weniger begeistern mich die Burger-Shops um den Rosenthaler Platz. Auch Currywurst ist Vertrauenssache. In der Torstraße wurde der Handel mit alten

Waschmaschinen beendet. Hinter den neuen Schaufensterscheiben wird gewerkelt. In der Rosenthaler sind am Hackeschen Markt türkische, asiatische und Touristenitaliener verschwunden. Jetzt gibt es Schuhe. Im roten Eckhaus baut man das Restaurant verschwiegen zu gewaltig Neuem um. Weiterhin holprig spaziert es sich querfeldein von der nördlicheren zur südlicheren Mitte. Wege sind selten leergefegt, Müll quillt, Kippen nisten auch auf Brücken. Gutgelaunt winken bei Sonne gelb und blau Behelme, Fahrradfahrer schlängeln sich bei Regen an mürrischen Fußgängern vorbei. Touristen gibt es immer. Überall ist Bauland. Selbst die autozerteilte Leipziger Straße wird den DDR-Retrolook verlieren. Besucherströme verharren nicht vor und hinter der Schlossfassade. Dem Untergrund noch nicht entwachsene Häuser tragen auch zum neuen Stadtgefühl bei, Zäune, Kräne und Lastwagen verstellen bisweilen noch die Sicht auf Barenboims Musikakademie, Staatsoper, U-5-Baustelle und von Häusern gesäumte neue Gassen. Tief sind die Gruben, das Wasser fließt, plötzlich denke ich an das öffentliche Spreeschwimmbad.



Hin- und hergerissene Stadtgefühle

Die großstädtische Berliner Vorvergangenheit ist eine schöne Erinnerung. Die Gegenwart mischt auf. Daraus entsteht künftige Geschichte. Doch uns gehört 2016!

**Irene Runge**

## „Herr Ramelow, hätten sie nicht irgendwas verstaatlichen können?“

**M**it diesen Worten begann der Freitag-Salon im Maxim Gorki Theater am 14.12.2015. Jakob Augstein nahm sich in diesem Gespräch den ersten Ministerpräsidenten der Partei DIE LINKE, Bodo Ramelow, vor.

Der Untertitel der Veranstaltung „Chaos und Revolution sind ausgeblieben – ein Jahr Linke Regierung in Thüringen“ war somit Programm. Und nachdem dann Augstein das Wort „Kommunistenfresser“ im gleichen Zusammenhang verwendete, kam mir der Gedanke, dass ich dieses Wort schon lange nicht mehr gehört hatte. Es war ein Abend, an dem Bodo Ramelow durch Witz, Schlagfertigkeit und Eloquenz brillieren konnte. Jakob Augstein diskutiert mit ihm über Parteienvielfalt, Demokratie und die Zukunftsperspektiven von „Rot-Rot-Grün“. Seiner Meinung nach müssen sich dafür die

drei Parteien konsequent aushalten. Kurzweilig philosophiert Ramelow über seine westdeutsche Herkunft und die Reaktionen der Verwandtschaft auf seinen Eintritt in die PDS. Auf die Frage, ob er nun ein Ostdeutscher oder ein Westdeutscher sei, antwortete Ramelow anhand des Beispiels der Plastetüte und des Plastikbeutels, denn in der Sprache manifestiert sich die unterschiedliche Sozialisation. Als Westdeutscher im Osten hat er gelernt, dass man sehr sensibel auf die unterschiedlichen Nuancen achten sollte. Auch die Bundeskanzlerin könne z.B. so eloquent um einen eckigen Tisch herumlaufen, dass alle denken, er sei rund.

Dass DIE LINKE in Thüringen regiert, zeigt sich momentan besonders an der Debatte über die Geflüchteten, wie Ramelow meint. So wurde in Thüringen „kein Zelt aufge-



Bodo Ramelow zu Gast bei Jakob Augstein

stellt“. Als Ramelow sein Amt antrat, gab es in Thüringen 450 Notaufnahmepplätze. Heute sind es 9500 und zum ersten Mal gibt es 1000 Plätze als Reserve. Für die Landesregierung steht jetzt die Integration im Mittelpunkt.

Das ganze Gespräch kann man bei radioeins im Internet nachhören.

Es bleibt also nur noch zu vermelden: „Thüringen - nach letzten Meldungen - steht noch...“ (sehr zum Ärger der „Kommunistenfresser“ natürlich).

**Jana Mattuschka**

# Alte Geschichten und neue Anfänge

**In diesem Jahr, von dem ich hoffe, dass es für Sie alle gut begonnen hat, wählt das Land Berlin eine neue Regierung. In dieser Aussage ist bereits der Optimismus enthalten, dass es wirklich eine neue Regierung sein wird.**

Die alte, die gegenwärtige, sollte und muss zum Wohl Berlins abgewählt werden. Ihr ist es gelungen, aus vielen lebenswichtigen Bereichen Katastrophen werden zu lassen, die alle mit dem Wort „Problem“ enden. Wir haben ein Kita-, ein Wohnungs-, ein Schul-, ein Flughafen-, ein Staatsopern-, ein Bürgerämter-, ein S-Bahn-, ein Flüchtlingsproblem. Und wir haben Rücktritte statt Lösungen präsentiert bekommen.

Die Gesellschaft für Deutsche Sprache hat das Wort „Flüchtlinge“ zum Wort des Jahres 2015 gewählt. Für Berlins Koalition bestimmt keine gute Nachricht. Für die Bürgerinnen und Bürger schon. Die nämlich haben gerettet und ausgebügelt, was der Politik und deren personell und finanziell in Grund und Boden gesparter Verwaltung nicht gelungen ist. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich des

Problems angenommen, das sich vor dem LaGeSo seit Monaten in endlosen Schlangen wartender, verzweifelter, müder Menschen manifestierte. Sie haben sich selbst und damit für andere Hilfe organisiert. Sie sind in die Flüchtlingsheime gegangen, haben Einzelvormundschaften und Patenschaften übernommen, medizinische Versorgung bereitgestellt, Deutschunterricht erteilt, lebensnotwendige Dinge gespendet und so verteilt, dass sie bei denen ankamen, die ihrer bedurften. Im vergangenen Jahr ist es Berlin gelungen, in die Schlagzeilen selbst der „New York Times“ zu kommen – als die Zeitung Bilder verzweifelter Flüchtlinge vor dem LaGeSo abdruckte. Das müssen wir nicht noch einmal haben. Vor allem deshalb nicht, weil es hier um Menschen in großer Not geht.

Die Menschen in Berlin – das hat mir das letzte Jahr erneut und deutlich vor Augen geführt – sind in der Lage, ihre Stadt zu gestalten und ihre Vorstellungen von dieser Stadt zu artikulieren. Die viele Monate dauernde öffentliche Debatte über die „Berliner Mitte“ hat dies prachtvoll gezeigt. Wir haben



das qualifizierte Votum einer Mehrheit für einen Freiraum für alle rund um den Berliner Alexanderplatz erhalten. Und wir brauchen eine Regierung, die dieses Votum nicht in der Schublade verschwinden lässt, es stattdessen als Arbeitsauftrag versteht.

Die Stadtdebatte hat bewiesen, dass es gut wäre, hätte Berlin eine solche Regierung. Eine, die alle Formen der direkten Demokratie und demokratischen Beteiligung an politischen Prozessen nicht als notwendiges Übel, sondern als zwingende Voraussetzung für gute Politik betrachtet. Diesen Wechsel wünsche ich mir im September.

**Carola Bluhm**

## 1000 geflüchtete Menschen im Soldiner Kiez untergebracht

**Während der Senat mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) im Clinch liegt und für ein menschenunwürdiges Chaos bei der Unterbringung und Registrierung der Flüchtlinge verantwortlich ist, wurde im Wedding ein sinnvolles Netz von Initiativen, Vereinen und Helfern unter dem Dach der „Fabrik Osloer Straße“ organisiert.**

Schon Mitte November war in der Turnhalle des Oberstufenzentrums in der Osloer Straße eine Flüchtlingsnotunterkunft eingerichtet worden. Diese Notunterkunft ist eine Ergänzung der schon länger bestehenden Unterkünfte in der Pankstraße, in der Gotenburger Straße und der Möglichkeiten im Hotel am Luisenbad in der Koloniestraße sowie dem Hostel Inn-Berlin in der Prinzenallee. Insgesamt konnten damit im Soldiner Kiez und in Laufweite zum Viertel rund 1000 geflüchtete Menschen untergebracht werden.

Im Stadtteilzentrum Osloer Straße gründete sich zeitgleich mit der Einrichtung der

ersten Notunterkunft in der Gotenburger Straße der Unterstützerkreis „Wedding hilft“. Die verschiedenen Projekte in der Osloer Straße 12 unterstützen dieses Netzwerk:

- Unter anderem werden Räume für Deutschkurse zur Verfügung gestellt.
- Die AG Kinderbetreuung von „Wedding hilft“ wird unterstützt.
- In der Unterkunft Pankstraße werden auf Basis dieser Zusammenarbeit Flüchtlingskinder an zwei Nachmittagen durch das Familienzentrum Fabrik Osloer Straße betreut.
- Eine weitere Kooperation für die Kinderbetreuung besteht mit dem Kinderclub Soldiner Straße und der Kindererde gGmbH.

### Ankommen im Kiez

„Es geht darum, dass die Flüchtlinge bei uns ankommen, dass sie mit anderen Familien zusammenkommen. Wir wollen sie integrieren und keine Angebote nur für Flüchtlinge machen. Wir verfolgen einen



Die Fabrik Osloer Straße

Foto: Hensel

integrativen Ansatz“, sagt Dorothee Fischer vom Familienzentrum Fabrik Osloer Straße.

In der Nachbarschaftsetage der Fabrik Osloer Straße werden auch „Paten für Flüchtlinge“ zur Bewältigung des Alltags in Deutschland vermittelt.

Solche Projekte können übrigens in den nächsten Monaten noch sehr viel wichtiger werden, denn nach Angaben des Bezirksbürgermeisters werden demnächst Geflüchtete in noch größerer Zahl aus der Zuständigkeit des LaGeSo in die Bezirke wechseln – und zwar allein 20 Prozent von ihnen in die Zuständigkeit des Bezirks Mitte.

**Rainer Scholz**

## Das ist das Letzte

Die Festtage hatten viel Schönes. Was nun in 12 Monaten alles passieren kann, sagen nur zweifelhafte Horoskope. Der Erdball ist mit Fragezeichen gespickt. Wo Ungewissheit mit Tollkühnheit und Sprengpulver bekämpft wird, da erstickt das Leben. Da wird aus Unsicherheit schnell Fatalismus oder Hysterie. Viele Menschen flüchten in ihr Schneckenhaus oder ins Schlauchboot. Das kleine Glück der Familie wird zum Ersatz für das unerfüllte größere Glück eines berechenbaren, friedlichen und menschlichen Daseins. Aber das brauchen wir!

„Alles Papperlapapp!“, sagen die Manager in Politik und Wirtschaft. Wir gehören zu den Weltmeistern in der sozialen Sicherheit, im ökonomischen Wachstum, im technischen Fortschritt.

Aber da rufen die Linken: „Papperlapapp!“ Wir haben Kinderarmut, Langzeitarbeitslose, Kurzzeitverträge, Kriegsgefallene, Pflegeotstand, Mietwucher, Flüchtlingszüge und viele ungete Zuckungen in der Innen- und Außenpolitik. Es gibt mehr Gründe, sich als Deutscher zu schämen, als stolz und überheblich zu sein.

Wo ist die Mitte? Nicht bei den Rechten! Es reicht doch völlig, vernünftig und ehrlich, gerecht und solidarisch, fortschrittlich und friedfertig zu sein. Alle Probleme und Lösungen sind durch die Digitalisierung und die Denker erkennbar geworden: Dass die Erde dreimal mehr Menschen tragen kann, wenn nicht alle Schätze vom privaten Egoismus aufgefressen werden. Dass die Klimakrise, Eurokrise, Rohstoffkrise, Handelskrise, Flüchtlingskrise – alle im Ansatz erkennbar und daher vermeidbar sind. Aber nur, wenn die richtigen Programmierer und nicht die falschen Profiteure das letzte Wort haben. Sonst wird der Kapitalismus immer mit den Missgeburten der Barbarei schwanger gehen. Gute Wünsche helfen da kaum. Gute Taten aber sehr.

**Arthur Paul**

### Impressum:

#### Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

#### Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

#### E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.dielinke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

#### Satz + Druck:

R. Serinek/Druckerei Bunter Hund, Berlin

**Redaktionsschluss:** 22.12.2015

**Ausgabetermin für Nr. 02/2016 – 04.02.2016**

# Und plötzlich ist man Lobbyist

**Die Stadtdebatte Alte Mitte-Neue Liebe ist zu Ende. Sie wurde mit Leitlinien beendet, die die Wünsche der großen Mehrheit der Teilnehmer widerspiegeln: die Berliner Mitte soll ein Ort für alle, eine grüne Oase sein und auf keinen Fall historisch rekonstruiert werden.**

Schaut man jedoch in die großen Tageszeitungen Berlins, könnte man der Meinung sein, Ewiggestrige hätten sich durchgesetzt. Das liegt daran, dass die Befürworter einer historischen Rekonstruktion gute Öffentlichkeitsarbeit leisten und fast als Einzige in der Presse ihre Meinung über den Prozess kundtun konnten. Sie gingen sogar so weit, den ganzen Prozess in Frage zu stellen, weil sie mit ihren Positionen niemanden überzeugen konnten und ihnen deshalb das Ergebnis nicht passte.

Während der Stadtdebatte haben sich unterschiedliche Teilnehmer zusammengefunden, die die Position zur Freihaltung der Stadtmitte teilten. Sie bemerkten schnell, dass es kein organisiertes Gegengewicht zu der Öffentlichkeits- und Pressearbeit etwas entgegenzusetzen, haben sich diese Teilnehmer entschlossen, die Initiative Offene Mitte Berlin zu gründen.

Sie setzen sich dafür ein, dass dieser wertvolle grüne prägte Freiraum erhalten bleibt und zu einem noch attraktiveren Stadtraum weiterentwickelt wird. Sie lehnen eine Privatisierung oder Bebauung dieses Stadtraums entschieden ab.

In harter Arbeit wurde die Position der Initiative in 12 Thesen zu Papier gebracht und online gestellt und Pressemitteilungen wurden verschickt. Und am nächsten Tag stand man schon beim RBB. Man kriegt als Initiative Termine beim Bezirksbürgermeister und beim Stadtentwicklungssenator. Und man wird von den Befürwortern der Rekonstruktion als Lobbyist beschimpft.

Ich war erstaunt festzustellen, wie einfach es ist, an Entscheidungsträger heranzukommen und in der Presse gehört zu werden, wenn man sich nur mit anderen Gleichgesinnten zusammenschließt und etwas organisierte Öffentlichkeitsarbeit tätigt. Plötzlich ist man Lobbyist für eine gute Sache. Ich kann es jedem empfehlen, der will, dass seine Position auch gehört wird. Wenn man es nicht selbst



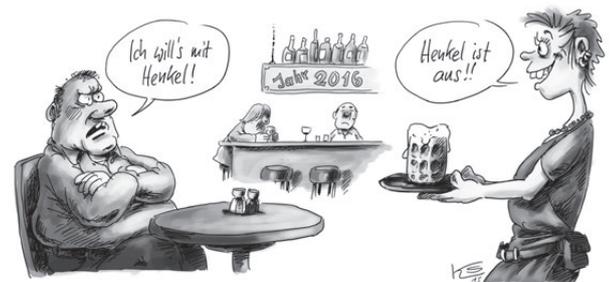
Mehrheit für grüne Oase in Berliner Mitte

macht, dann machen es die anderen und wer weiß, was die für Positionen haben.

**Andreas Böttger**

Mehr Infos auf

<https://offenemitteberlin.wordpress.com/>



Karikatur: Klaus Stuttmann

## Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 96. Ruth Tanneberger
- zum 93. Frieda Kästner, Dora Scholze
- zum 90. Ilona Jechow, Ruth Schröder
- zum 89. Otto Brandstädter, Horst Kniestedt, Elisabeth Meier, Helmut Schindler, Horst Schütze
- zum 88. Werner Theuring
- zum 87. Horst Haase, Inge Jacobeit Erhard Scherner
- zum 86. Renate Drenkow, Johanna Kayser
- zum 85. Dietrich Ehrentreich, Traute Gscheidle, Magda Schlieffe, Edith Spitzer
- zum 84. Günter Spenke, Ingeborg Teubner
- zum 83. Waltraud Hagenbach, Wolfgang Willkommen
- zum 82. Werner Binus, Dieter Giersch, Klaus Hamsen, Karl Rabe
- zum 81. Gerlinde Cymborowski, Elfriede Dieß
- zum 80. Eleonore Jacob, Helga Lohse, Barbara Raatz, Günter Zachrau
- zum 75. Inge Franz
- zum 70. Christine Neise, Volker Neise, Fereidoon Sayar, Wolf Stötzel